

Solidarische Ökonomie in der Gemeinde

Hans-Jürgen Fischbeck

Die Krise unserer Kirche, wie sie im Impulspapier des Rates der EKD angesprochen wird und sich in sinkenden Mitgliederzahlen und einem schrumpfenden Kirchensteueraufkommen äußert, muß auch als Krise des bisherigen volksgemeinschaftlich orientierten Gemeindekonzepts einer Glaubens- und Überzeugungsgemeinschaft gesehen werden, die sich in Gottesdiensten ihrer selbst vergewissert, ihre reiche Tradition pflegt und Gemeinschaft zu bilden versucht. Sie wird wesentlich von kirchlichen Mitarbeiter(inne)n getragen, die aus Kirchensteuern bezahlt werden. Schrumpfende Stellenpläne aber lassen eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale befürchten.

Wird dagegen Gemeinde nicht nur als Glaubens- und Überzeugungsgemeinschaft, sondern auch als Lebensgemeinschaft konzipiert, so gehört gemeinsames, d.h. solidarisches Wirtschaften – Gemeinde-Ökonomie – notwendig dazu. Gemeinsames Wirtschaften heißt, die Genossenschafts-Idee (nicht notwendig die Rechtsform e.G.) mit dem Gemeindekonzept auf geeignete Weise zu verbinden, denn der Leitgedanke einer Genossenschaft ist es ja, die wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Mitglieder auf strikt demokratische Weise zu fördern. Für die beiden ökonomischen Grundfunktionen eines jeden – arbeiten und einkaufen – gibt es genossenschaftliche Modelle: Einkaufs- und Liefer-Genossenschaften sowie private und gewerbliche Verrechnungsringe zur gegenseitigen Arbeitsbeschaffung mit Hilfe einer leistungsgedeckten regionalen Komplementärwährung. So werden gegenseitige Nachbarschaftshilfe und gewerbliche Kooperation ermöglicht, die sonst aus Euromangel unterbleiben müssen

Gemeinden und Kirchenkreise bieten mit ihrer Infrastruktur gute Voraussetzungen für solche Modelle. Sie zu entwickeln, wäre eine wichtige Aufgabe *sozialer Diakonie*. Sie käme ihnen aber auch wirtschaftlich zugute, sei es durch erzielbare Rabatte, sei es durch Inanspruchnahme gewerblicher Gegenleistungen aus dem Verrechnungsring, die sonst in Euro bezahlt werden müßten. Herkömmliche Formen gemeindlicher Ökonomie wie Verpachtung und Vermietung von Immobilien und Liegenschaften, Eigenbetriebe wie Kindergarten und Kirchhof sowie Basare o.ä. lassen sich gut einbeziehen sowohl in einen Bestelldienst als auch in einen Verrechnungsring.

War es zu DDR-Zeiten gut für die Kirche, eine klar erkennbare Alternative der Freiheit und Demokratie zur totalitär *verstaatlichten* und entmündigten Gesellschaft zu sein, so wird es heute für sie zur Existenzfrage, Alternativen zur neoliberal vermarktlichten, d.h. zunehmend kommerzialisierten und entsolidarisierten Gesellschaft zu entwickeln und Lebensraum für alle zu bieten, auch und gerade für die Verlierer des globalisierten Wettbewerbs. Dies kann geschehen durch Formen und Modelle solidarischer Gemeinde-Ökonomie:

Wie die Genossenschaftsidee Eingang finden kann in das Leben einer Gemeinde, beschreibt das folgende Szenario:

Eine städtische Gemeinde, die Paulus-Gemeinde, hatte noch zu DDR-Zeiten drei Pfarrstellen. Nach der Wende, als das westliche Kirchensteuersystem eingeführt worden war, hofften viele auf eine wesentliche Erleichterung der finanziellen Lage der Kirche und ihrer Gemeinden. Aber das Gegenteil war der Fall. Ein Stellenplanschlüssel wurde eingeführt, der die Zahl der Mitarbeiter(innen) vom Kirchensteueraufkommen abhängig machte. Es zeigte sich, daß sich die Zahl der Mitarbeiter(innen) nicht halten ließ. Mehr als die Hälfte der Stellen bekamen, wie es so schön hieß, einen kw-Vermerk, d.h. sie wurden mit dem Ausscheiden des Mitarbeiters gestrichen. So schrumpfte die Zahl der Mitarbeiter(innen) erheblich. Von den ursprünglich drei Pfarrstellen blieb nur noch eine, die Kirchenmusiker- und die Katechetinnenstelle konnten ebenfalls nicht wieder besetzt, und das Gemeindebüro mußte geschlossen werden.

Durch diesen Mitarbeiterschwund ließ natürlich auch das gemeindliche Angebot an Veranstaltungen nach. Jugendarbeit war praktisch nicht mehr möglich. Zwar versuchte man die Aktivitäten der Gemeinde durch ehrenamtliche Arbeit halbwegs aufrecht zu erhalten, aber das gelang kaum. Diejenigen, die zur Mitarbeit bereit und befähigt waren, wollten häufig doch wenigstens eine Aufwandsentschädigung haben, die aber der Gemeinde-Etat nicht hergab. Die Älteren, die noch Kirchensteuer oder Kirchgeld zahlten, starben auch allmählich weg. Die Zahl der Taufen stieg zwar etwas, konnte aber diesen Rückgang bei weitem nicht wett machen. Das Kirchensteueraufkommen nahm weiter ab. Eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale war in Gang gekommen.

Es wurde immer schwieriger, die Betriebs- und Reparaturkosten der gemeindeeigenen Immobilien aufzubringen. Das Gemeindehaus war für die Gottesdienste und Gemeindeveranstaltungen eher schon zu groß. Die Kirche wurde im Grunde nicht mehr gebraucht. Man sah sich nach Fremdmietern für Büroraum im Gemeindehaus um und suchte nach einem Käufer für das Kirchengebäude. Eine Bankfiliale hatte Interesse, aber vor einer Umwidmung dieser Art scheute man doch noch zurück. Dafür vermietete man den Kirchturm, solange er eingerüstet war, als Werbefläche, nachdem man ihn bereits einem Mobilfunk-Konzern zur Installation eines Mikrowellensenders gegen ein Entgelt zur Verfügung gestellt hatte.

Doch dann geschah etwas Neues. Im Wohnbereich der Gemeinde hatte sich eine Tauschringinitiative gebildet. Die Mitglieder des Tauschrings hatten sich nach den *Prinzipien* einer Genossenschaft organisiert und führten eine Verrechnungseinheit für Leistungen und Gegenleistungen ein. Diese Vereinigung der gegenseitigen Hilfe brauchte dringend eine Kontaktstelle, in der die Verrechnungskonten geführt wurden und die aktuellen Angebots- und Nachfragelisten zu haben waren. Eine der Initiatorinnen hatte Verbindung zur Gemeinde und wußte, daß im Gemeindehaus nach Schließung des Gemeindebüros ein Raum ungenutzt war. Sie wandte sich an den GKR mit der Bitte, diesen Raum nutzen zu dürfen. Miete könnten sie zwar kaum zahlen, sagte sie, aber ein Nutzungsentgelt in ihrer Verrechnungseinheit wäre möglich, die die Mitglieder durch eine Umlage aufbringen würden. Die Gemeinde könne dafür Leistungen aus dem Tauschring in Anspruch nehmen, z.B. für Reinigungsarbeiten. Befristet für ein halbes Jahr sagte der GKR zu. Nun hatte der Tauschring auch einen Namen für seine Verrechnungseinheit. Sie nannten sie Paulus-Taler.

Die ehemalige Gemeindesekretärin war die Vorreiterin. Sie schloß sich dem Tauschring an und erklärte sich bereit, im Tauschringbüro zu arbeiten und außerdem das Gemeindesekretariat weiterzuführen, sofern sie in Paulustalern dafür entgolten werden würde. Dann könne sie nämlich für ihre Hausarbeit, die ihr wegen ihrer Rückenbeschwerden sehr schwer fiel, Hilfe aus dem Tauschring in Anspruch nehmen. Dafür reichten aber die Mieteinkünfte der Gemeinde in Paulustalern nicht aus, und so überlegte man sich, wie die Gemeinde weitere Paulustaler einnehmen könne. Da sich mehr und mehr Gemeindeglieder am Tauschring und umgekehrt Tauschringmitglieder am Gemeindeleben beteiligten, führte man eine dritte Kollekte, die Paulus-Kollekte, ein, die der Gemeinde weitere Paulus-Taler einbrachte.

Ermutigt durch diese Entwicklung, ging der Tauschring einen Schritt weiter, indem er auch Gewerbetreibende einlud, sich der Gemeinschaft anzuschließen, damit sie untereinander Verrechnungsgeschäfte machen können, die sonst aus Mangel an Euro-Liquidität nicht zustande kommen würden. Das Paulus-Taler-Konzept mußte dazu erweitert werden, da gewerbliche Verrechnungsgeschäfte zur Bezahlung von Materialkosten und Steuern immer auch einen Euroanteil enthalten müssen. Aus haftungsrechtlichen Gründen beschloß man nun, dem Tauschring die Rechtsform einer Genossenschaft zu geben.

Natürlich wandte man sich zuerst an Handwerker, die der Paulusgemeinde nahe standen. So wurde der Anfang gemacht, und es wurde immer interessanter, sich dem Ring, der sich bald Paulus-Ring e.G. nannte, anzuschließen und Mitglied der Genossenschaft zu werden. Sie hatte

als Tauschring begonnen und war nun zu einem Wirtschaftsring geworden. Es war folgerichtig, als sich die Gemeinde auch als Körperschaft dem Ring anschloß¹, um so Reparaturen an Kirche und Gemeindehaus ebenfalls im Wirtschaftsring vornehmen lassen und dabei einen Teil der Rechnungen mit Paulus-Talern begleichen zu können. Man suchte und fand Wege, wie sich auch die „Eigenbetriebe“ der Gemeinde, nämlich der Kindergarten und der Kirchhof am Paulus-Ring beteiligen können.

Entstanden war dabei ein Gemeindebüro neuer Art. Hier wurden nicht mehr nur die Gemeindeglieder geführt, Post verschickt und die Buchhaltung erledigt, sondern auch der Paulus-Ring koordiniert und die Paulus-Taler-Verrechnungskonten geführt. Hier kam man auch auf die Idee, einen eigenen Einkaufs- und Lieferdienst für die Gemeinde aufzubauen, denn die Gemeindeglieder legten Wert darauf, bei ihrem Einkauf auch *ethische Gesichtspunkte* geltend zu machen. Es sollten möglichst regionale, biologisch und ökologisch einwandfreie und bei Importen fair gehandelte und unter anständigen Bedingungen hergestellte Produkte sein. Man hatte den BSE-Skandal und die Gammelfleisch-Affären nicht vergessen und wußte von Antibiotika und Wachstumshormonen in der Tiernahrung. Auch wollte man nicht von den Tierquälereien der Massentierhaltung preislich profitieren. Besonderen Wert legte man auf gentechnikfreie Produkte. Dies alles zu erkennen und zu unterscheiden war für den einzelnen schwer, und so erwartete man von einem gemeindlichen Bestelldienst², daß er sich kundig machte und nur Waren *nach gemeinsam vereinbarten ethischen Kriterien* bestellte.

Der GKR stimmte dieser Idee zu und berief eine Gemeindeversammlung ein, in der über die Vorschläge beraten wurde. Man einigte sich auf die ethischen Kriterien, nach denen bestellt werden sollte. Außerdem wurde diskutiert, wie man Rabatte und andere Preisvorteile erreichen könnte: Der Bestelldienst sollte Einzelbestellungen zu Sammelbestellungen zusammenfassen und in Großgebinden direkt vom Erzeuger beziehen, wodurch Zwischenhandelsspannen vermieden, Mengenrabatte möglich und Verpackungskosten gespart werden könnten. Die bestellten kleinen Mengen könnten im Gemeindehaus von Arbeitslosen bzw. Ruheständlern in ehrenamtlicher gemeinsamer Arbeit in billige und unscheinbare Tüten abgefüllt werden. Evtl. könnte dieser Dienst auch in Paulus-Talern entgolten werden.

Das Ergebnis dieser Beratung war, daß den Gemeindegliedern als Anhang zum Gemeindebrief Listen ethisch qualifizierter Produkte zugestellt wurden, auf denen man ausfüllen konnte, was man in welcher Menge bestellen möchte. Die Bestellzettel sollten im Gemeindebüro abgegeben werden, wo auch die bestellten Waren abzuholen wären. Für Kranke und Behinderte sollte ein Lieferdienst frei Haus eingerichtet werden.

Damit der Bestelldienst zahlungsfähig werden und bleiben kann, erklärten sich die Gemeindeglieder, die davon Gebrauch machen wollten, bereit, eine jährliche Vorauszahlung auf die eigenen Bestellungen in Höhe von 100 € zu leisten und diesen Betrag aufzufüllen, sobald der persönliche Kontostand einen Mindestbetrag unterschreiten würde. So erhielt der Bestell- und Lieferdienst genossenschaftlichen Charakter³, ohne im rechtlichen Sinne eine Genossenschaft zu sein.

Man kam zu dem Schluß, daß die richtige Trägerorganisation für den Bestelldienst ebenfalls der Paulus-Ring e.G. sei. Es wurde überlegt, ob nicht Einzelhandelsgeschäfte, die dem Paulusring angehören oder ihm beitreten mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen an dem

¹ Der GKR der Stadtkirchengemeinde Schwedt/Oder hat bereits beschlossen, daß sich die Gemeinde dem Wirtschaftsring Barnim-Uckermark e.G. i.G. anschließt. Die von dieser Genossenschaft eingeführte regionale Währung heißt „Oderblüte“.

² Einen solchen Bestelldienst betreibt der Verein Cent des Merlin e.V. in Langenaltheim in Franken und das Ehepaar Schicketanz am Kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg, Beide bestätigen, daß sie durch Rabatte und eingesparte Verpackungskosten etwa 30% billiger liefern können als der Einzelhandel.

³ Es handelte sich dabei faktisch um eine Wiederbelebung der durchaus bewährten Konsumgenossenschafts-Idee des ausgehenden 19. Jh.

Bestelldienst gegen einen gewissen Nachlaß ihrer Handelsspanne zugunsten der Gemeindekasse beteiligt werden sollten.

Bald nach Einführung des Bestelldienstes und nachdem man Erfahrungen gesammelt hatte, wie hoch die Rabatte und Einsparungen gegenüber den normalen Ladenpreisen wirklich waren, beschloß die Mitgliederversammlung der Einkaufs-Gemeinschaft, einen bestimmten Teil des eingesparten Geldes einem besonderen Zukunftsfonds der Gemeinde zugutekommen zu lassen. In jährlichen Mitgliederversammlungen sollte über dessen Verwendung beraten und beschlossen werden.

Viele der regionalen Lieferanten des Bestelldienstes wurden Mitglieder im Paulus-Ring und waren damit bereit, ihre Rechnungen zum Teil auch in Paulus-Talern abgelten zu lassen. So konnte ein immer größerer Teil der Gemeinde-Ökonomie mit den selbst geschaffenen Paulus-Talern abgewickelt werden, so daß die immer knapper werdenden Euro-Mittel nur noch für das ausgegeben wurden, was im Paulus-Ring nicht zu haben war.

So war beispielsweise der Kindergarten bereit, einen Teil der Gebühren in Paulus-Talern zu akzeptieren, denn man konnte sie ja nun im Paulus-Ring für Lebensmittel ausgeben. Gemeindemitarbeiter ließen sich einen Teil ihres Gehaltes in Paulus-Talern auszahlen, um mit den eingesparten Euro-Beträgen eine Sozialarbeiterin für die Jugendarbeit ebenfalls mit einem Paulus-Taler-Anteil einzustellen.

Um der Gemeinde weitere Paulus-Taler-Einkünfte zu verschaffen, richtete man einen Spenden-Laden ein, in dem gespendete Waren zur Erhöhung des Umsatzes nicht nur für Euro, sondern auch gegen Paulus-Taler verkauft wurden. Natürlich machten auch der Kindergarten und der Kirchhof von dem gemeindlichen Bestelldienst Gebrauch.

Auch andere Gemeinden des Kirchenkreises erwärmten sich für die Idee. Gemeindeglieder und Gewerbetreibende aus dem Kirchenkreisgebiet schlossen sich dem Paulus-Ring an und machten zunehmend ebenfalls von dessen Bestell- und Lieferdienst Gebrauch, so daß letzterer eine beachtliche ethisch qualifizierte Marktmacht entfaltete. Der auf die Kirchenkreis-Region erweiterte Wirtschaftsring schuf viele neue Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten und trug zur Belebung der regionalen Wirtschaftstätigkeit erheblich bei.

Das Gemeindeleben gewann so neben der ideellen auch eine solidarisch-ökonomische Dimension, die sowohl den einzelnen Gemeindegliedern als auch der ganzen Gemeinde zugute kam. Die Gemeinde gewann eine neue Anziehungskraft.

Die Landessynode forderte die Politik auf, über einen *förderlichen* gesetzlichen Rahmen für eine klar definierte *solidarische* Ökonomie nachzudenken, die ja ihren Solidarbeitrag auch ohne Nebenkosten von sich aus bereits leistet. So sollte beispielsweise dafür plädiert werden, Hartz-IV-Empfängern Einkünfte in Paulus-Talern oder entsprechenden anderen Regionalwährungen jenseits der Zuverdienstgrenze nicht auf ihr Arbeitslosengeld II anzurechnen.